„die reaktionärste Partei im neuen Deutschland" bezeichnet. Reaktionär auch insofern, als die sozialistische Politik immer und überall zu einer Erdrosselung der persönlichen Freiheit und damit zu einer Verkümmerung des kulturellen Lebens führen muß. Der Unterschied gegenüber den bürgerlich-nationalen Parteien wird sofort klar, wenn man etwa das Problem Preußen betrachtet. Heute ist Preußen nicht mehr der Dreiklassenstaat von einst — der übrigens auch nach dem Zeugnis unserer Feinde gut regiert wurde. Trotzdem kennt die Sozialdemokratie kein höheres Ziel, als diesen Staat zu zerschlagen und den preußischen Staatsgedanken, dem das deutsche Volk doch einen wesentlichen Teil seiner Größe verdankte auszulöschen. Mit Recht ist auf dem Parteitage der Deutschen Volkspartei darauf hingewiesen worden, daß den Feinden des Reiches ein größerer Dienst überhaupt nicht erwiesen werden könnte. Mit demselben Rechte wurde festgestellt, daß gerade die sozialistisch-zentralistischen Bestrebungen in Württemberg und Bayern den Partikularismus wieder wachgerufen hätten. „Was fest ist und stark, was wie eine Burg aussieht," sagte einst Bismarck im Hinblick auf den preußischen Staat, „das sollte man doch erhalten." Fest und stark ist das heutige Preußen, seitdem ihm Bethmann durch seine zentralistische Reichspolitik das Rückgrat gebrochen hat, ja nicht mehr, es sollte es aber wieder werden, nicht einer vielen liebgewordenen Tradition wegen, sondern um des Reiches, um des ganzen deutschen Volkes, um der Aufrechterhaltung der natürlichen Statik des Reichsbaues willen. Deshalb ist auch der deutschnationale Parteiführer Hergt für ein starkes, ungeteiltes Preußen mit Nachdruck eingetreten. Autonomie ist heute ja ein beliebtes Schlagwort. Versteht man darunter die Errichtung starker Selbstverwaltungskörper, so wird nichts dagegen einzuwenden sein, verlangt man aber eine Provinzial-Autonomie nicht nur verwaltungstechnischer Art sondern auch mit gesetzgeberischen Befugnissen, so läuft das doch auf eine Atomisierung der Gesetzgebung, letzten Endes auf einen Rückfall in übelste Kleinstaaterei hinaus: der Zentralismus schlägt um in sein Extrem, in die Auflösung der staatlichen Macht. Noch einmal sei es gesagt: Um des Reiches willen müssen solche Bestrebungen bekämpft werden.

Im übrigen hat Hergt bei der Entwicklung der Wahlparole der Deutschnationalen in Preußen an ein Problem gerührt, das eine allgemein deutsche Frage ist, dessen Lösung die mindestgute Voraussetzung für die staatliche Erneuerung Deutschlands überhaupt ist. „Einschaltung des Arbeiters in die Gesellschaftsordnung" nannte es Hergt. Wir möchten es weiter fassen und darunter verstehen die innere, seelische Verknüpfung des Arbeiters mit dem deutschen Staat, seine Zurückführung aus den Wolken der Internationale auf den Boden deutscher Wirklichkeit, seine Verbindung mit der deutschen Erde, seine Versöhnung mit den Volksgenossen. Das alles schließt eine Lösung des Siedlungsproblems und der Wohnungsfrage ebenso in sich, wie eine Absage an die undemokratische, ja geradezu diktatorische Herrschaft der Parlamentsparteien, wie die Forderung der Verwirklichung des deutschen Staatsideals von der Freiheit in der Ordnung. Viel ist heute von der Beteiligung des Arbeiters am Wirtschaftsprozeß die Rede, und gewiß kann durch die Aktie, durch die Teilnahme am Gewinn den gesunden Gedanken des Betriebsrätegesetzes praktische Gestalt verliehen werden. Wichtiger aber ist es noch, unsere Volkswirtschaft auf andere, gesündere Grundlagen zu stellen. Wir sind heute nicht mehr der Staat, dem die Welt offen steht, und werden es noch lange nicht wieder sein. Der deutsche Boden ist unsere Hoffnung, aus ihm nur kann uns staatliche und völkische Gesundung kommen. Hieraus erhellt die gar nicht zu überschätzende Bedeutung des Siedlungsproblems, gerade auch für die Befreiung der Arbeiterschaft, die befürchten muß, durch den Versailler Vertrag der brutalen Knechtung durch feindliches Kapital ausgeliefert zu werden. Und davor vermag das beste Sozialisierungsgesetz sie nicht zu schützen. Aufs dringendste zu wünschen wäre es, daß durch den preußischen Wahlkampf und sein schließliches Ergebnis gerade diese Fragen der inneren Befreiung des deutschen Volkes ihrer Lösung näher gebracht würden. Hier handelt es sich nicht um parteipolitische Zwecke, sondern um völkische Ziele schlechthin.

Die Entschließungen des Eisenbahner-Verbandes.

Berlin, 11. Jan. In der seit Sonntag tagenden Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurden Entschließungen angenommen, die besagen:

Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerung auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Teuerungszuschlages für die unteren Beamten und Arbeiter so erheblich selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, daß eine Beruhigung des Reichseisenbahnpersonals ganz ausgeschlossen ist. Was außerdem den besonderen Unwillen der an der Bewegung Beteiligten erregt, ist die unsoziale Abstufung der Zulagen. Der erweiterte Vorstand beschließt, die bisher im Sechszehnerausschuß zusammengefaßten Verbände zu ersuchen, die Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um durch gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Tarifvertrag zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen. Der erweiterte Vorstand beauftragt den Geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe, die Verhandlungen weiterzuführen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzuschrecken. Die verantwortlichen Verbandsinstanzen, Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten sind verpflichtet, sich etwaigen Teilausständen mit aller Kraft zu widersetzen. Entsteht trotzdem irgend ein Teilstreik, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung dafür abzulehnen. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt Verwahrung ein gegen die unwahre Berichterstattung über die Verhandlungen des Sechszehnerausschusses mit der Reichsregierung wie sie in der „Roten Fahne" beliebt wird. Der erweiterte Vorstand hält die Preßhetze der „Roten Fahne" für um so bedenklicher, als sie geeignet ist, die Einheitsfront der Eisenbahner zu zerschlagen. Er ersucht die Eisenbahner, sich durch dieses Treiben nicht beirren zu lassen und sich um so fester um ihre gewerkschaftliche Organisation zu scharen.

Am 12. d. M. vormittags werden Verhandlungen des Sechszehnerausschusses mit dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Berlin, 11. Jan. Morgen findet im Reichsfinanzministerium eine Konferenz der Finanzminister statt. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Beamtenbesoldung.

Berlin, 11. Jan. Bei der Urabstimmung über den Streik der Eisenbahnkommen haben nach dem bisherigen Ergebnis von 319 732 Beamten 230 000 abgestimmt, davon für den Streik 192 953 oder 60,8 Prozent. Es ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Süddeutschland der Prozentsatz für den Streik noch wesentlich heruntergehen wird, voraussichtlich bis unter 50 Prozent. (W. T. B.)

Die Streikbewegung in der Thyssenhütte.

Hamborn, 11. Jan. Trotz der heute erfolgten Wiedereröffnung der August-Thyssen-Hütte gibt die Streikleitung ihre Absicht, den Streik weiterzuführen, nicht auf und erhofft besondere Hilfe von dem heute in Essen stattfindenden Betriebsrätekongreß von Rheinland und Westfalen, zu dem man sich Klara Zetkin als Sprecherin verschrieben hat.

Amerika und der Botschafterrat.

Paris, 11. Jan. Ueber die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt haben, sich ferner nicht mehr an den Sitzungen des Botschafterrats zu beteiligen, wird der Agentur Havas heute vormittag aus Washington gemeldet: Obschon die Beamten des Staatsdepartements sich weigerten, diese Frage zu erörtern, geben sie zu, daß die amerikanische Regierung auf der in der nächsten Woche stattfindenden Beratung der Ministerpräsidenten nicht vertreten sein würde. Sie erkennen ferner an, daß der Botschafterrat den Vereinigten Staaten gestattet habe, nach dem Kriege Berührung mit Europa zu haben. Sie müßten aber zugeben, daß die weitere Vertretung Amerikas im Botschafterrate als eine Anomalie anzusehen sei im Hinblicke darauf, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifiziert habe.

In der Meldung wird nicht gesagt, wie die Agentur Radio heute verbreitet, daß Amerika sich an den ferneren Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission und der Rheinschiffahrtskommission beteiligen werde. Die betreffende Meldung der Agentur Radio findet demnach bisher keine Bestätigung.

Paris, 11. Jan. „Newyork Herald" wird aus Washington gemeldet: Der Schritt der Vereinigten Staaten in Sachen ihres Fernbleibens von den Beratungen des Botschafterrates wird durch eine direkte Note an den Botschafter in Paris, Wallace, erfolgen. Ebenso wird das Staatsdepartement den diplomatischen Vertretern der anderen am Botschafterrate beteiligten Mächte in Washington mitteilen, die amtlichen Kreise seien der Ansicht, daß kein anderes Vorgehen möglich sei, wenn man dem durch die Wahl zum Ausdrucke gekommenen Willen des amerikanischen Volkes entsprechen wolle, da das Volk in entschiedener Weise den Völkerbund abgelehnt habe. (W. T. B.)

Eine neue Völkerbundverbindung?

Basel, 11. Jan. Der Pariser „Herald" berichtet aus Neuyork: Die republikanischen Parteien der Vereinigten Staaten stellen einen Entwurf für eine neue Völkerverbindung auf. Danach soll jeder Erdteil seine rechtliche und politische Unabhängigkeit bei allen ihm allein betreffenden Konflikten bewahren und nur für die Lösung von Fragen, welche die ganze Welt angehen, mit anderen Erdteilen zusammenwirken müssen.

Vor der Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedens.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Jan. Von zuverlässiger amerikanischer Seite erfährt die Nationalkorrespondenz, daß mit einer Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages Ende März gerechnet wird. Es wird angenommen, daß der amerikanische Senat davon absehen wird, einen umständlichen Friedensvertrag aufzusetzen, vielmehr glaubt man, daß in möglichst knapper Form die Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland erklärt wird. Im Zusammenhang damit wird die Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten beraten werden. Die prinzipielle Geneigtheit, das deutsche Eigentum freizugeben, steht fest, doch bestehen Zweifel darüber, ob das Vermögen als Gesamtmasse zurückbehalten und als Anzahlung auf Lebensmittel und Rohstoffe benutzt werden soll, oder ob man es den einzelnen Privateigentümern zurückerstatten wird. Auch die Frage einer großen amerikanischen Anleihe an Deutschland wird nach Friedensschluß auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ganz unabhängig von ihrer sonstigen politischen Stellung gegen Deutschland, sind sich die amerikanischen Finanzkreise darüber einig, daß es in ihrem eigensten Interesse liegt, Deutschland finanziell zu unterstützen, und zwar ist der Gesichtspunkt, unter welchem diese Einsicht erfolgt, weniger der, Deutschland als Absatzgebiet aufnahmefähig zu erhalten, als vielmehr die großen Produktions- und Absatzschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten selbst. Man hat längst erkannt, daß man nicht die Folgen des Krieges alle auf den Generalnenner Deutschland bringen kann. Die amerikanischen Finanzkreise sind zu der Ansicht gekommen, daß das nächstliegende Heilmittel für Amerika in der Stärkung der deutschen Valuta liegt, was sie durch eine Anleihe großen Stils zu erreichen hoffen. Unter diesem Gesichtspunkte betrachte man die französischen Versuche, Deutschland als von neuem zum Kriege rüstend und als Gefahr für den Frieden der Welt hinzustellen. Das verblendete Frankreich habe, wie gewöhnlich, nur das eine Interesse, Deutschlands Aussichten auf Erstarkung zu unterbinden, ohne zu bedenken, daß es unter dem zusammenbrechenden Deutschland selbst begraben würde.

Deutschland und die Brüsseler Konferenz.

Berlin, 11. Jan. Heute nachmittag sind die beteiligten Reichsminister mit dem Reichsminister Dr. Simons zu einer Konferenz zusammengetreten, in der Staatssekretär Bergmann den ersten eingehenden Bericht über die bisher in Brüssel und sodann in Paris geführten Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage erstattete. Ein Tag für die Weiterführung der Verhandlungen in Brüssel ist bis zur Stunde noch nicht bestimmt worden. Wenn man auch nach dem bisherigen Verlaufe der Brüsseler Verhandlungen ein gewisses Verständnis der Entente für unsere wirtschaftliche Lage erhoffen durfte, so werden sich doch große Schwierigkeiten daraus ergeben, daß die deutschen und die französischen Schätzungen über die Leistungsfähigkeit der deutschen Produktion weit auseinandergehen.

Brüssel, 11. Jan. Wie hier verlautet, wird die Konferenz der Sachverständigen Ende Januar ihre Arbeiten wieder aufnehmen. (W. T. B.)

Leygues über die Beziehungen zu Deutschland.

Paris, 11. Jan. Ministerpräsident Leygues hatte gestern mit dem Direktor der Ere Nouvelle eine Unterredung, in der er erklärte, bevor Deutschland zum Völkerbund zugelassen werde, müsse es beweisen, daß es den guten Willen habe, loyal die Verpflichtungen zu erfüllen, die es gegen Frankreich übernommen hat. Zur Stunde könne das französische Budget nicht balanciert werden, weil Frankreich Deutschland 86 Milliarden vorgeschossen habe. Das französische Volk werde nicht lange eine derartige Last ertragen. Sei es zulässig, daß Deutschland sich beklage und daß es von Frankreichs Freunden beklagt werde, in deren Ländern nichts zerstört und deren Zukunft nicht mit einer starken Hypothek belastet sei? Er sei kein Mann des Hasses und gestehe auch, daß Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten müßten. Europa würde 40 Grad Fieber haben, wenn Frankreich und Deutschland nicht zu den normalen Beziehungen zurückkehrten. Aber damit dieses Zusammenarbeiten möglich werde, müsse Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen. (W. T. B.)

Deutschland erfüllt bis zur Auspowerung. Und doch immer dieselben Redensarten von französischer Seite über Nichterfüllung! Wie sollen da normale Beziehungen zustande kommen?

Deutschfeindliche Ausschreitungen in London.

London, 11. Jan. Beim Einlaufen des Dampfers „Elfa", der im Clyde-Kai anlegte, um Kohlen zur Weiterfahrt nach Stettin zu laden, kam es zu heftigen Ausschreitungen. Der deutsche Dampfer hatte die deutsche Flagge gehißt. In Anbetracht der feindseligen Haltung der demonstrierenden Menge mußte die deutsche Flagge niedergeholt werden.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Jan. Die Deutsche Volkspartei hielt gestern in Potsdam anschließend an ihren Parteitag eine starkbesuchte Wahlversammlung ab. Frau Milka Fritsch, die über das Glaubensbekenntnis der deutschen Frau referierte, wünschte, daß endlich einmal die Geheimakten der Revolution geöffnet würden. Dann werde sich herausstellen, daß die Revolution auf internationales Kommando als Dolchstoß in des Volkes schwerster Stunde von vaterlandslosen Gesellen (Zuruf: Juden!) geführt worden sei. — Mit stürmischem Beifall empfangen, sprach dann

Abgeordneter Stresemann.

Er betonte, daß der Versailler Frieden nur eine Episode sei, daß wir uns mitten in der Weltrevolution befinden, daß alles noch in der Entwicklung begriffen sei. Unter Bezugnahme auf die Aeußerung Lloyd Georges, wonach die verantwortlichen Staatsmänner nicht den Krieg gewollt hätten, sondern hineingestolpert seien, sagte Redner: Wie erbärmlich sind doch die Kerls (Stürmischer Beifall. Zurufe: Hängen!), die Deutschland die Schuld am Kriege zuzuschieben versuchen. Wenn wir von der englischen Propaganda gelernt hätten, würden wir daraufhin eine Revision des Friedensvertrages verlangen. Italien wie Rußland wünschen eine gemeinsame Grenze mit Deutschland, denn Deutschland habe seine Mission noch nicht erfüllt. Das letzte Wort darüber sei noch nicht gesprochen. Ohne Preußen hätte es kein Reich gegeben. Pflichterfüllung habe Preußen groß gemacht und sie lasse die Fehler der Hohenzollern verblassen, die eben auch nur Menschen waren. Die Hohenzollern haben Steins Reformen durchgeführt, ehe diese vom Volke verlangt wurden. Auf ihnen beruhe die Blüte unseres Städtewesens. Wie damals so würden auch jetzt nicht die Stürmer und Dränger, sondern die zuwartenden Staatsmänner das Reich retten. Redner wandte sich dann scharf gegen den Führer der Deutschnationalen Staatsminister a. D. Hergt. Das deutsche Herz sei nicht nur bei den organisierten Deutschnationalen zu finden und es müßten derartige Aeußerungen, wie sie Hergt gebraucht habe, mit Entrüstung zurückgewiesen werden. (Beifall.) Wenn Hergt auf die Politik der Mitte verzichte, sei er im Unrecht. Allein das ungewisse Schicksal Oberschlesiens beweise, daß die Regierung jede Stimme brauche. Es dürfe keine Extrempolitik gemacht werden, sondern man müsse von links und rechts Stimmen zu fesseln suchen. Daß wir Demütigungen schlucken müßten, sei in unserer Ohnmacht begründet, aber das Gefühl für Ehre und Würde sei noch nicht erloschen. Das habe sich in Breslau gezeigt. Keine Zeitung habe eine Mitteilung über die Sühneaktion gebracht. Kein Breslauer sei Zuschauer dieser Sühneaktion gewesen. Die Fenster und Schaufenster seien verhängt, die Läden geschlossen gewesen. Die Truppen seien in Lastautos hin- und zurücktransportiert worden. Unsere Stellung zu Deutsch-Oesterreich, sagte Redner weiter, sei eine andere geworden. Bei einem Anschluß dieses Landes an das Deutsche Reich seien keine slawischen Völker mit zu übernehmen, nur Deutsch-Oesterreich und Südtirol. Bezüglich der Katholiken müßte die Liebe zum Vaterlande über die Glaubensbedenken gestellt und mehr Toleranz geübt werden. Die Abkehr vom alten Preußen führe zu einer Gefährdung von Staat und Gesellschaft. Besser das Preußen der Zucht, als ein Deutschland der Zuchtlosigkeit. Die Separationsbestrebungen, die Frankreich und sein Gefolge versuchten, seien wirkungslos geblieben, aber erklärte Stresemann hier in einem Kreise von Monarchisten kann ich es sagen: das beste Sprengpulver ist der süddeutsche Monarchismus. Alle politische Arbeit sei darauf einzustellen, zunächst ein einheitliches Reich zu schaffen, und erst nach seiner Festigung könne man an die Konstitution denken. (Langanhaltender starker Beifall.) Wir glauben, schloß Stresemann, daß Deutschland das Ziel finden werde, das ihm nach seiner Kultur und seinen Leistungen zufällt, wenn wir an der pflichtgetreuen Ausgestaltung der deutschen Charaktereigenschaften arbeiten.

Der Auswärtigen-Ausschuß.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dessen Besprechungen, wie schon berichtet, vertraulich waren, verhandelte namentlich über die Entwaffnungsfrage und Oberschlesien. Anwesend waren auch der Reichskanzler und der Minister des Auswärtigen Dr. Simons. Unter den Parteien bestand, wie verlautet, Uebereinstimmung darüber, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in Oberschlesien und das eben veröffentlichte Abstimmungs-Reglement alsbald nach Zusammentritt des Reichstages in der Vollsitzung zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte gemacht werden sollen.

Berlin, 11. Jan. Die nächste Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird voraussichtlich für den 20. oder 21. Januar einberufen werden.

Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 11. Jan. Die Erneuerung des Reichstarifs für das Versicherungsgewerbe bildete den Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens im Reichsarbeitsministerium. Nach viertägigen Verhandlungen unter dem unparteiischen Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. Südekum, des Regierungsrats Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium und des Regierungsrats Dr. Woeckerdt vom Reichsaufsichtsamte für Privatversicherung wurde heute morgen gegen 2 Uhr ein einstimmiger Schiedsspruch verkündet, der sich auf die Hauptfragen des Tarifstreites erstreckt. Die Arbeitszeit wird auf 45 Stunden bei durchgehender Arbeitszeit, auf 48 Stunden in der Woche bei geteilter Arbeitszeit festgesetzt. Das Entlohnungssystem wird unter Beibehaltung der Berufsalterszulagen und Abschaffung der Lebensalterszulagen gänzlich neugeregelt. Die Erhöhung der Gehaltsbezüge gegen das letzte Vierteljahr 1920 beläuft sich auf durchschnittlich 8 bis 12 Prozent. Dazu kommt die Wiederherstellung der Verheirateten-Zulage auf jährlich 3000 Mark. Die gleiche Bezahlung männlicher und weiblicher Angestellter wird aufrechterhalten. Ebenso sollen die Bestimmungen über die Urlaubsgewährung, sowie über die Fortzahlung der Gehaltsbezüge während einer Erkrankung eine Verschlechterung nicht erfahren. Bei dem Gewicht des einstimmig gefaßten Schiedsspruches kann dessen Annahme durch die Parteien, sowie eine alsbaldige Verständigung über die noch verbleibenden Punkte des Reichstarifs, der die Regelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen für mehr als 80 000 Angestellte im Versicherungsgewerbe regelt, erwartet werden.

Der französische Kohlenüberfluß.

London, 11. Jan. Laut einer Pariser Meldung hat die Tatsache, daß Deutschland die vereinbarten Kohlenlieferungen in fast vollem Umfange erfüllt hat, Frankreich in nicht geringe Verlegenheit gesetzt. Es lagern gegenwärtig 12 bis 15 Millionen Tonnen Steinkohlen in Frankreich. Die Lagerräume der öffentlichen Gebäude und der Eisenbahnen sind überfüllt, und man weiß nicht, wo man mit dem Ueberfluß hin soll. Frankreichs auswärtige Ankäufe in Kohlen sind fast völlig eingestellt worden. Auch in England ist der Steinkohlenbestand weit größer als nötig. Daher wurde beschlossen, von Montag ab die Kohlenausfuhr wieder in unbeschränktem Umfange zu gestatten. Es sind Maßnahmen für die Ausfuhr großer Posten Steinkohlen nach Argentinien getroffen worden.

Und dabei will man aus Deutschland noch eine erhöhte Kohlenlieferung herauspressen. Also Vernichtungspolitik um jeden Preis!